



KOO-PRESSEINFORMATION: Sudans Unabhängigkeit: KOO fordert schuldenfreien Start und Aufteilung der Ölerlöse

Wien, 20. Juli 2011 - Sudans Schuldsituation und die Aufteilung der Ölerlöse sind zu Beginn der Unabhängigkeit entscheidend für den jungen Staat. Österreich ist mit 2,2 Mrd. USD (1,5 Mrd €) drittgrößter Gläubiger.

Während sich der Südsudan auf seine am 9. Juli endgültig besiegelte Unabhängigkeit vorbereitet, werden die Menschen in Süd-Kordofan seit Wochen von der Armee des Nordsudans bombardiert, exekutiert und vergewaltigt. Süd-Kordofan hat hohe strategische Bedeutung, weil dort die reichsten Öl-Vorkommen vermutet werden, die dem Nordsudan nach der Teilung des Landes verbleiben werden. Heinz Hödl, Geschäftsführer der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz: „Eine friedliche Zukunft der beiden neuen Staaten nach der Teilung hängt wesentlich von der der Lösung der Schuldenfrage und Aufteilung der Ölerlöse ab, die über die wirtschaftlichen Perspektiven entscheiden“.

Der Sudan ist mit rd. 38 Mrd. US-Dollar hochverschuldet, die jährlichen Rückzahlungsraten übersteigen das 4-fache des jährlichen Staatseinkommens. Österreich ist mit 2,2 Mrd. USD (1,5 Mrd €) drittgrößter Gläubiger, über 80% davon entstanden durch Verzugszinsen. Die Schulden gehen auf bundesgarantierte Exportgeschäfte aus den 70er und Anfang 80er Jahren zurück.

Der Norden hat angeboten, die gesamten Schulden zu übernehmen, wenn ihm im Gegenzug eine rasche Entschuldung innerhalb der nächste 2 Jahre zugesagt wird. Derzeit gibt es Gespräche der Gläubigerländer sowie mit den internationalen Finanzinstitutionen. Für die westlichen Geber sind die Umsetzung des Friedensabkommens (Comprehensive peace agreements) und Friede in Dafur Voraussetzungen für einen Entschuldung neben der Ausarbeitung eines Armutsbekämpfungsprogramms mit der Weltbank und Kooperation mit dem IWF.

Heinz Hödl fordert einen schuldenfreien Start des Südsudan, um einen Aufbau des Landes und eine Konzentration auf Fragen der Armutsbekämpfung ohne Altlasten zu ermöglichen. Von der Regierung des Nordens fordert die KOO die Einstellung aller Kampfmaßnahmen und Respekt für Menschenrechte und Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk als Bedingung für eine Entschuldung. Gleichzeitig müssten die Gläubigerländer Verantwortung für die fragwürdige Kreditvergabe an Diktatoren übernehmen. Eine öffentliche Schuldenanalyse (debt audit) wäre eine gute Grundlage dafür.

Ein Schuldenerlass des Sudan kann nach gängigen Regeln der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zugerechnet werden. Geht man von einem stufenweisen Schuldenerlass ab 2012 aus, würde sich das in den kommenden Jahren für Österreich jeweils mit mehreren hundert Mio. € niederschlagen.

Rückfragen richten Sie bitte an: Heinz Hödl, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz Tel: 01/317 03 21 oder 0676 769 84 34; www.koo.at;